



Keupers

kritischer

Kommentar

08-01-2019

August 2019

Die Klimafrage ist eine soziale Herausforderung.

Der Klimawandel bewegt scheinbar besonders junge Menschen, insbesondere die, die in den oberen gut situierten Bevölkerungsschichten leben, quasi im oberen Gesellschaftsdrittel. Die Friday-to-future-Bewegung ist also mehr eine Bewegung der höher gebildeten Jugendlichen mit gesicherter Zukunftsperspektive. Die Jugendlichen der unteren Mittelschicht sind von der Klimadiskussion weniger bewegt, sie sind in der Regel nur Mitläufer, die vom Aufsehen der Demonstrationen angezogen werden. Die unteren sozialen Schichten sind überhaupt nicht dabei, denn sie haben ganz andere Sorgen und kümmern sich nicht so sehr ums Klima, sie haben für sich selbst keine allzu großen Erwartungen mehr, ihre Zukunftsangst ist vor allem materiell.

Im Allgemeinen steht die Klimafrage deshalb zurzeit so im Vordergrund der Meinungsbildung, weil sie ein Anliegen der diskursstarken oberen Schichten ist. Diese Schichten besetzen oft die relevanten Positionen in den Medien, oder haben zu dieser einen guten Zugang. Die Klimafrage ist also in den Medien stärker präsent als beim Rest der Bevölkerung. Man kann also festhalten, die Sorge um den Klimawandel ist somit mehr ein Ausdruck einer sozialökonomischen Spaltung unserer Gesellschaft, auf die wir achten sollten! Ich bin nach wie vor der Ansicht, dass die anstehenden politischen Entscheidungen nicht nur anhand der Klimaproblematik, sondern bewusst unter Zugrundelegung der die Gesellschaft fördernden sozialen Frage, und unter Beachtung der natürlichen notwendigen Umweltbedingungen, getroffen werden müssten.

Wenn auch gewisse Gegebenheiten auf eine Veränderung klimatischer Einflüsse nicht von der Hand zu weisen sind, Klimaschutz braucht auch die Zustimmung der Menschen aller Schichten. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil etwa betont in der Welt am Sonntag: "Wir müssen es schaffen, den dazu nötigen großen Umbau unserer Industriegesellschaft so zu organisieren, dass die Folgen für die direkt Betroffenen erträglich bleiben." Und dieser sozialverträgliche Umbau braucht eben auch eine gewisse Zeit, und auch das muss beachtet werden, eine nicht unerhebliche Größe finanzieller (staatlicher) Aufwendungen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus stellt dazu in RP-online schon mal fest: „Unser Leben wird sich verändern. Um die (zurzeit diskutierten) Klimaschutzziele erreichen zu können, wird Deutschland mehrere Hundert Milliarden Euro ausgeben müssen. Außerdem müsse der Bundestag seine Arbeitsweise ändern und einen "Zukunftshaushalt" aufstellen“.

Um den Klimawandel in den Griff zu bekommen, gebe es nicht mehr viel Zeit, so die Botschaft die Klimaforscher den Politikern auf der ganzen Welt auf den Weg geben. Nur noch 15 Jahre bleiben nach ihrer Ansicht, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen. „Wenn der weltweite CO2-

Ausstoß 2030 immer noch steigt, wird es zu spät sein“, sagt der Klimaforscher Mojib Latif vom Kieler Helmholtz-Zentrum, „Noch ist es jedoch nicht zu spät. Am Ende muss die Vernunft siegen. Dazu gehöre, vom rein quantitativen Wachstumsdenken wegzukommen“, und damit vom gewohnten Wohlstand!

Bis 2030 muss, so die Mehrheit der Klimaforscher, ein rapides Umdenken bei Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen, mit entsprechenden tief greifenden Konsequenzen. Das ist eine viel zu kurze Zeit, sodass quasi eine Art „Klimaschutzrevolution“ erforderlich wäre, um die geforderten radikal wirkenden Veränderungen durchzusetzen. Ob das unsere Ökonomie, unsere Menschen im Lande stemmen werden, respektive letztendlich stemmen wollen, ist eine ganz andere (politische) Frage. Laut einer Umfrage von Infratest Dimap lehnen, gemäß der WELT vom 02.08., die Deutschen neue Verbote beim Klimaschutz ab. 72 Prozent der Befragten befürworten zwar klimafreundliches Verhalten über Anreize zu fördern, jedoch nur 15 Prozent sind dafür, klimaschädliches Verhalten durch Verbote oder Zwangsabgaben einzuschränken, und etwa jeder Fünfte (21 Prozent), will keinerlei Mehrkosten in Kauf nehmen.

CO2-Abgabe ein Mittel zur Klimareform?

Vorsichtige Vorschläge, wie sie beispielsweise in den vergangenen Wochen von Umweltministerin Schulze (SPD) vorgestellt wurden, sehen eine CO2-Abgabe auf Kraftstoffe, Heizöl und Erdgas vor. Gleichzeitig sollen die Einnahmen aus dieser Abgabe als „Klimaprämie“ an die Bürger zurückfließen. Von dieser Prämie wiederum, so die Ansicht der Ministerin, würden die Menschen mit weniger Einkommen stärker profitieren. Ein, wie ich weiter unten nachweise, „Ammenmärchen“!

Die CO2-Abgabe soll im Jahr 2020 etwa 35 Euro pro Tonne CO2 betragen. Der Preis wird dann nach und nach angehoben, sodass er im Jahre 2023 bei 80 Euro pro Tonne CO2 liegen soll, im Jahre 2030 dann bei 180 Euro und 2035 dann etwa bei 280 Euro. Damit würde der Diesel zunächst um elf Cent pro Liter teurer, Benzin um zehn Cent. 2023 läge die CO2-Bepreisung dann bei 25 bzw. 23 Cent und 2030 bei 57 bzw. bei 51 Cent. Nach Spritpreisen von heute sind das für 2030 Benzinpreise von über 2,00 Euro pro Liter!

Der Preis für einen Liter Heizöl stiege durch die Abgabe um elf Cent, bis 2030 um 57 Cent, also im Jahre 2030 auf etwa 1,37 bis 1,45 Euro. Doch für die Menschen, die mit Öl ihre Wohnungen, ihre Häuschen beheizen, gibt es eine positive Entwicklung. Die ganz offensichtlichen Folgen der Erderwärmung in Deutschland sind vor allem im Winter zu beobachten. In meiner Kindheit war Winter mit viel Schnee und starken Frost der Regelfall, heute ist das die Ausnahme. Die Vegetationsperiode ist um 2 bis 3 Wochen länger als vor 50 oder 60 Jahren. Die Jahreszeiten werden immer noch wie bisher bleiben, aber besonders zwischen Frühling, Herbst und Winter wird es eine Angleichung geben. Wir werden mehr einen Temperatur-Einheitsbrei bekommen. Im Sommer wird es in Deutschland zwar häufiger mehr als 40 Grad heiß sein, in den Wintermonaten werden jedoch die Schneetage und starke Nachtfrostgrade erheblich abnehmen, man wird also weniger Heizöl pro Jahr benötigen wie bisher!

Die Mär von einer sozialverträglichen CO2-Abgabe.

Wenn die Rückvergütung der vereinnahmten CO2-Abgabe, als Sozialausgleich propagiert wird, wie von der Ministerin verlautet, dann ist dieses eine falsche Annahme. Die Rückvergütung kommt zu allererst den gut situierten Bevölkerungskreisen zugute, die sich ein klimafreundliches E-Auto leisten können, oder Dienstwagen benutzen, und in einem modernen neuerbauten Haus oder einer soge-

nannten Luxuswohnung in der Metropolregion oder Großstadt wohnen, denn die bezahlen keine CO₂-Abgabe und kriegen zusätzlich eine „Klimaprämie“. Der geringer verdienende Arbeitnehmer im ländlichen Raum, der notgedrungen auch längere Pendlerwege zu seiner Arbeitsstelle zurücklegen muss, oder die Rentnerin und der Rentner, die in den 60er Jahren im ländlichen Gebieten ihr Einfamilienhäuschen mit damals moderner Ölheizung erbauten und aufgrund ihres Alters und der geringen Rente, jeder zweite Rentner bekommt weniger als 900 Euro im Monat, keine Kredite von ihrer Bank bekommen, werden zum Teil nicht unerheblich draufzahlen. Man kann auch sagen, der ländliche Raum ist quasi generell benachteiligt!

Aber nicht nur die direkten CO₂-Abgaben sind unsozial, die CO₂-Abgaben, welche auch Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung zahlen müssen, werden ja über die Preise indirekt an die Verbraucher(innen) weitergegeben und belasten sie wahrscheinlich höher wie die direkten CO₂-Abgaben. Und hier sind die mit geringen oder geringeren Einkommen diejenigen, die den größeren Anteil stemmen müssen, da ihr prozentualer Anteil am alltäglichen Konsumaufwand, gemessen am Einkommen,

wesentlich höher liegt als bei den Besserverdienenden. Also summa summarum, die CO₂-Abgabe ist keine sozial abgefederte Abgabe, sondern wird die Menschen mit geringeren Einkommen entsprechend zusätzlich belasten und damit ihre Verständnis für Maßnahmen zum Klimaschutz erheblich negativ beeinflussen.

Eine Klimaschutzrevolution ist kein gangbarer Weg in einer Demokratie!

Inken Behrmann und Katrin Beushagen haben im Heft 7/2019 der Blätter für deutsche und internationale Politik festgestellt: „Allerdings fällt in der aktuellen Debatte (über die CO₂-Bepreisung) meist dreierlei unter den Tisch: Ein CO₂-Preis kann erstens nur dann Wirkung entfalten, wenn er hoch genug ausfällt. Er benötigt zweitens viele Jahre, um ein Wirkungseffekt zu erzielen. Und er sollte sich drittens an politisch festgelegten (und auch erreichbaren) Zielen für die jeweiligen Emissionsbereiche ausrichten. Die zurzeit diskutierten Preise fallen jedoch erheblich zu niedrig aus, und die Zeit ist, im Hinblick auf die selbst gesetzten Klimaziele, äußerst knapp. Vor allem aber verdrängt die aktuelle Debatte über den CO₂-Preis längst überfällige Diskussionen um weitergehende Maßnahmen, die tatsächlich die benötigte ökologische Wende einleiten würden.“

Wenn die zurzeit diskutierten oder vorgesehenen Maßnahmen nicht ausreichen, wie zum Beispiel die CO₂-Bepreisung, um eine Wende zu erzwingen, wenn die notwendigen Strukturen des ÖPNV in der Kürze der Zeit im erforderlichen Umfang nicht zu realisieren sind, wenn die sozial ausgerichteten Beschlüsse zum Kohleausstieg bis 2038 zu langfristig sind, wenn Klimaforschung, wenn die demonstrierenden Jugendlichen und gewisse Elternteile, wenn vor allen Dingen die Medien für die nächsten 10 Jahre wesentlich drastischere Maßnahmen fordern, dann muss nach ihren radikalen Vorstellungen und Ansichten ggf. eben jene oben angeführte Klimaschutzrevolution die nach ihren radikalen Ansichten erforderliche Klimawende erzwingen. Doch für eine Revolution braucht man die Massen, die Massen welche davon überzeugt sind, dass nur der radikale Umbau von Gesellschaft und Ökonomie, aber auch des politischen Handelns die notwendigen Veränderungen herbeiführen können. Doch eine Revolution verändert dann alles, und, da bekannter Maßen eine Revolution in der Regel auch ihre eigenen Kinder frisst, würde eine Klimaschutzrevolution unsere demokratische Grundordnung, unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung hinweg fegen!

Klimaschutz muss soziale, aber auch ökonomische Konsequenzen beachten.

Das kann aber nicht das erwünschte Ziel sein. Immer wenn in Deutschland missionarisch alles auf eine Karte gesetzt wird, ist höchste Vorsicht geboten, sollte man dreimal nachdenken und überlegen, ob diese Ansichten, diese Forderungen wirklich das Nonplusultra der Möglichkeiten, das Ideale sind, wie es uns kundgetan wird. Eine alte Weisheit lautet: „Blinder Eifer schadet nur“, besser ist es noch mal darüber nachzudenken und alles noch mal zu überprüfen, ob es nicht doch noch Alternativen gibt, zu Lösungen die weniger dramatisch erscheinen, die konstruktivere Konsequenzen bieten.

Auch in den USA wird über die Klimaveränderung gesprochen, werden notwendige Gegenmaßnahmen zumindest auf der Ebene der Bundesstaaten beraten und beschlossen. Aber gegenüber Europa oder der Bundesrepublik setzt man mehr auf Entwicklung von neuen modernen Technologien und Innovationen, die man gezielt vorantreibt, und lehnt Maßnahmen, welche die Wirtschaftskraft beeinträchtigen oder die Arbeitsplätze gefährden strikt ab.

In China ist auch der Klimawandel ein Thema der Politik, aber auch dort ist auch Wirtschaftswachstum das vorrangige Ziel. Die USA, China und viele andere Staaten wollen eine andere Klimapolitik umsetzen wie wir in Westeuropa. Nur in Deutschland wollen wir das quantitative Wachstumsdenken verlassen und damit die gewohnten Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft umbauen, verbunden mit nicht unerheblichen Veränderungen in der Arbeitswelt.

Darum, wir Sozialdemokraten müssen die Ziele des Klimaschutzes mit dem Erhalt einer sozialen und solidarischen Grundordnung in Einklang bringen, wir müssen verhindern, dass Menschen in unserem Lande befürchten müssen, wegen Maßnahmen zum Klimaschutz ihre Existenzberechtigung einzubüßen und in akute Armut zu versinken. Das bedeutet, die Konsequenzen der als erforderlich betrachteten Maßnahmen zur Vermeidung eines Klimawandels sind mit den Erfordernissen einer sozialen Marktwirtschaft in Einklang zu bringen! Der Kampf gegen den Klimawandel ist also eine der größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Die Sozialdemokratie muss dieses den Bürgerinnen und Bürgern unmissverständlich klar machen, dass Klimaschutz und soziale Absicherung durch den Staat für sie eine unverrückbare Einheit ist und bleibt, trotz immensen emphatischen Druck der Medien, von Schüler- und Bürgerbewegungen!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 02. August 2019,

Heinrich Keuper